



## **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**

### **10. Sitzung (öffentlich)**

8. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 14:15 Uhr

Vorsitz: Hans-Joachim Reck (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Finanzierung der Steinkohle**

1

hier: Bericht des Vorstandsvorsitzenden der DSK, Herrn Bernd Tönjes

Der Ausschuss nimmt einen Bericht von Bernd Tönjes (Vorstandsvorsitzender der DSK) entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt.

#### **2 Berliner Koalitionsvertrag muss zu mehr Transparenz bei der Steinkohle führen**

43

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/723

Vorlage 14/281

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der Grünen-Fraktion bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion abgelehnt.

- 3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und des Gesetzes zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)** 44

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1000

Vorlage 14/221

Der Ausschuss betrachtet den Haushalt in dem ihm betreffenden Teil mit der Vorlage 14/221 als eingebracht. Das Thema wird in der nächsten Ausschusssitzung als Tagesordnungspunkt 1 aufgerufen, damit genügend Raum für eine politische Auseinandersetzung bleibt.

- 4 Bund/Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“** 45

hier: **Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 35. Rahmenplan**

Vorlage 14/241

Der Ausschuss verabschiedet folgenden Beschluss einstimmig:

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuss, die Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 35. Rahmenplan der Bund/Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ - Vorlage 14/241 - zur Kenntnis zu nehmen.

- 5 Beschlüsse der Wirtschaftsministerkonferenz am 13. und 14. Dezember 2005 in Stuttgart** 48

Vorlagen 14/200 und 14/284

Der Ausschuss erklärt sich einvernehmlich damit einverstanden, mit den schriftlichen Vorlagen die Unterrichtung des Ausschusses als erfolgt zu betrachten.

- 6 Preiserhöhungen der Gelsenwasser AG** 48

Vorlage 14/260

Der Ausschuss führt zum Thema des Tagesordnungspunktes unter Berücksichtigung der Vorlage 14/260 eine Aussprache durch.

**7 RWE: Transparenz herstellen - und Verantwortung übernehmen** 49

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/923 - Neudruck

Die Behandlung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird auf die April-Sitzung des Ausschusses verschoben.

**8 Erfolgsmodell „Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)“ fortsetzen und weiterentwickeln!** 49

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1027

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 14/1027, mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

**9 Chancen des Programms Gebäudesanierung für NRW nutzen** 50

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1030

In Verbindung damit:

**Energiewirtschaft und Industrie beim Emissionshandel entlasten,  
Bauwirtschaft und Handwerk ankurbeln**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1187

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag seines Ausschussvorsitzenden darauf, beide Anträge erst aufzurufen, nachdem die mitberatenden Ausschüsse ihr Votum formuliert haben.

**10 Immissionsschutz: Landtag muss Ausschluss der Öffentlichkeit und Reduktion der Umweltstandards verhindern!** 51

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/883

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion einvernehmlich darauf, das Papier ohne Votum zur Entscheidung an den federführenden Ausschuss zurückzuüberweisen.

**11 Flughafen Paderborn/Lippstadt stärken - Regionalen Verdrängungswettbewerb stoppen - Kooperation der Flughäfen Kassel-Calden und Paderborn/Lippstadt fördern** 51

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1025

Der Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 14/1025, wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

**12 Kleinstaaterei beim Flughafenausbau in NRW stoppen - Subventionslöcher schließen** 52

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1029

Auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion wird der Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss zurücküberwiesen.

**13 Lissabon muss Ziel bleiben** 53

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1105

Der Ausschuss erklärt sich einvernehmlich damit einverstanden, den Antrag ohne Votum zurückzuüberweisen.

**14 Regionale Partnerschaft mit der Türkei begründen** 53

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1106

**Zusammenarbeit mit der Türkei praxisnah und sachorientiert gestalten**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1164

Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden, beide Anträge in den federführenden Ausschuss zurückzuüberweisen, um sich so die Möglichkeit eines gemeinsam getragenen Papieres offen zu halten.

**15 Den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen durch die Reaktivierung des Eisernen Rheins stärken!** 54

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1107

**Einen leistungsfähigen Schienengüterverkehr zwischen Antwerpen und Duisburg sicherstellen**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1165

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1107, wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der SPD bei Enthaltung durch die Grünen-Fraktion abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 14/1165, wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der SPD-Fraktion bei Enthaltung durch die Grünen-Fraktion angenommen.

**16 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken** 55

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/1193

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss zurückzuüberweisen.

**Hinweise des Vorsitzenden:**

- Nächste Ausschusssitzung am 29. März 2006
- Gesprächstermin mit der Ingenieurkammer Bau am 27. April 2006

\*\*\*\*\*

halts- und Finanzausschuss habe noch kein Votum übermittelt. Der hiesige Ausschuss habe den Antrag in seinen Sitzungen am 16. Dezember 2005 und am 11. Januar 2006 beraten. Heute solle zumindest das weitere Beratungsverfahren festgelegt werden.

Da das Thema im Rahmen des Tagesordnungspunktes 1 intensiv diskutiert worden sei, so **Reiner Priggen (GRÜNE)**, und auch in Zukunft noch auf der Agenda des Ausschusses stehen werde, schlage er für die heutige Sitzung Beschlussfassung vor.

Aus Sicht seiner Fraktion, erläutert **Dietmar Brockes (FDP)**, habe sich der Antrag weitgehend erledigt, da er in der Sache nicht weiterführe. Anforderungen des Antrags habe das Ministerium seit Antragstellung bereits erbracht.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der Grünen-Fraktion bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion abgelehnt.

### 3 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und des Gesetzes zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1000

Vorlage 14/221

**Ausschussvorsitzender Hans-Joachim Reck** teilt mit, das Plenum habe nach seiner ersten Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung an alle Fachausschüsse überwiesen. Der hiesige Ausschuss berate heute über den Einzelplan 08, der vom Wirtschaftsministerium zu verantworten sei. Ministerin Thoben habe dem Ausschuss mit Vorlage 14/296 eine Einführung in den Haushaltsentwurf übersandt. Er gehe davon aus, dass der Ausschuss aufgrund der schriftlichen Ausführungen in dieser Vorlage sofort in die Diskussion einsteigen könne.

Betreffend eine Korrektur beim Haushaltsplanentwurf im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, weist ein **Ministerialvertreter** darauf hin, dass in einigen Exemplaren des Haushaltsplanentwurfes, die der Finanzminister als Druckstücke zur Verfügung gestellt habe, die Seiten 63 und 64 fehlten. Diese könnten nachgereicht werden.

Bei der Gelegenheit weist **Ausschussvorsitzender Hans-Joachim Reck** auf die Vorlage 14/296 hin und regt an, der Ausschuss könne angesichts des bisherigen Sitzungsverlaufs am 29. März 2006 abschließend beraten.

Eigentlich sei, moniert **Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)**, die Regierung gehalten, ihre Position zu verdeutlichen. Sicherlich könne aber der Ausschuss mit Vorlage 14/296 den

Haushalt als eingebracht betrachten, um so das Verfahren abzukürzen. Seine Fraktion wolle vor diesem Hintergrund dann keine Debatte mehr in der heutigen Sitzung führen. Vor dem bereits erwähnten Zeithorizont sei das akzeptabel, wenngleich es normalerweise sinnvoll sei, die Akzente der Wirtschaftspolitik der Landesregierung vorgetragen zu bekommen.

**Ausschussvorsitzender Hans-Joachim Reck** erinnert an den Hinweis des Staatssekretärs unter Tagesordnungspunkt 1, dass die Hälfte des zur Verfügung stehenden Etats in den Bereich Steinkohle fließe. Nichtsdestoweniger liege eine umfangreiche politische Stellungnahme in Schriftform vor.

**Reiner Priggen (GRÜNE)** erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden. Fragen seiner Fraktion werde er dem Vorsitzenden zukommen lassen sowie vor dem Berichterstattegespräch auch dem Ministerium.

**Ausschussvorsitzender Hans-Joachim Reck** stimmt dem zu. Das Thema werde in der bereits erwähnten Sitzung als Tagesordnungspunkt 1 aufgerufen, damit genügend Zeit für eine politische Debatte bestehe.

**Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)** schließt sich dem vorgeschlagenen Prozedere an. Seine Fraktion werde ihre Fragen in der gleichen Form auf den Weg bringen. - Auch **Dietmar Brockes (FDP)** stimmt dem so zu.

#### **4 Bund/Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

hier: **Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 35. Rahmenplan**  
Vorlage 14/241

**Ausschussvorsitzender Hans-Joachim Reck** weist darauf hin, Ministerin Thoben habe mit Schreiben vom 19. Januar 2006 die Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 35. Rahmenplan zur Unterrichtung des Landtags übersandt. Es sei darum gebeten worden, die Anmeldung des Rahmenplans möglichst bald zur Beratung vorzusehen. In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 8. Februar habe man aus zeitlichen Gründen die Gemeinschaftsaufgabe nicht mehr beraten können. Zwischenzeitlich sei dem Ausschuss mit Vorlage 14/299 eine weitere Information zur Neuabgrenzung der GA-Fördergebiete zum 1. Januar 2007 nachgereicht worden. Federführend sei der Haushalts- und Finanzausschuss. Der Wirtschaftsausschuss könne dem Haushalts- und Finanzausschuss Anregungen geben.

**Reiner Priggen (GRÜNE)** ist an einer tabellarischen Darstellung der Entwicklung der GA-Mittel seit 1995 interessiert. - Wie verlaufe der Kommunikationsprozess mit den Kommunen, die nur noch als D-Gebiete ausgewiesen würden? Ferner bitte er um nähe-